

Vorbild Griechenland

Frankreich und Italien haben nicht reformiert, nur deswegen darbt die Wirtschaft, sagt der Chef des Euro-Rettungsfonds ESM, Klaus Regling. Athen hingegen bescheinigt er gute Aussichten



Herr über die Rettungsmilliarden der Euro-Zone: Der Ökonom Klaus Regling sieht deutliche Fortschritte bei Europas langjährigem Sorgenkind Griechenland

FLORIAN EDER

BRÜSSEL

Seit 14 Jahren ist Italiens Wirtschaft in der Summe nicht mehr gewachsen. Auch Frankreich darbt. Für Klaus Regling, den Chef der Euro-Rettungsfonds ESM und EFSF, ist es eine Frage der Zeit, bis die Regierungen beider Länder einsehen: Nur Reformen von Bürokratie, Sozialstaat und Arbeitsrecht bringen Wachstum. Er nennt das Beispiel Griechenland, das kurz vor dem Ausstieg aus dem EU-Hilfsprogramm ist. „Es ist eine sehr leichte Schlussfolgerung: Länder, die Reformen umsetzen, haben in einigen Jahren sehr deutliche Erfolge. Das wissen die Länder, die im Moment hinterherhinken.“ Ob sie diese Einsicht auch umsetzen?

DIE WELT: Herr Regling, nach öffentlichen griechischen Träumen vom kompletten Ausstieg aus der EU-Hilfe gingen die Zinsen sofort nach oben. Sind die Griechen noch nicht so weit, oder testen die Märkte die Stärke der Euro-Zone?

KLAUS REGLING: Griechenland hat große Fortschritte gemacht. Das Haushaltsdefizit ist von 15 Prozent der Wirtschaftsleistung vor fünf Jahren auf 1,5 Prozent gesunken. Es liegt damit so niedrig wie in kaum einem anderen Euro-Mitgliedsstaat. Die Reformen und die Haushaltskonsolidierung sind aber nicht beendet, in Griechenland gibt es noch einiges zu tun. Die allgemeine Erwartung ist deswegen, dass Griechenland anders als Irland, Portugal und Spanien nicht vollständig aus diesen Programmen aussteigen können wird.

Welche Voraussetzungen muss Griechenland noch erfüllen?

Bei der Haushaltskonsolidierung geht es konkret darum, den Primärüberschuss, also das Haushaltsplus vor dem Schuldendienst, auf drei Prozent der Wirtschaftsleistung anzuheben. Da gibt es eine unterschiedliche Auffassung über die Maßnahmen, die dahin führen. Die Griechen sagen: Wir sind fast da – weil die alten Reformen stärker wirken, als die Troika anerkennt, und die griechischen

Prognosen haben sich in den vergangenen Jahren tatsächlich oft als richtig erwiesen. Schwieriger ist etwas anderes: Griechenland muss noch viele Struktur-reformen vornehmen, um Hürden abzubauen, die heute Wachstum hemmen.

Kann eine vorsorgliche Kreditlinie des ESM für eine sanfte Rückkehr an den Markt sorgen, wenn das Hilfsprogramm Ende Dezember ausläuft?

Eine vorsorgliche Kreditlinie ist eine der Optionen. Zunächst geht es aber darum, das laufende Programm abzuschließen. Es gibt noch eine Tranche von 1,8 Milliarden Euro, die nicht ausbezahlt ist. Sie wird nur ausbezahlt, wenn die Voraussetzungen zufriedenstellend erfüllt sind. Sobald das der Fall ist, können wir über nächste Schritte nachdenken.

Griechenland dringt darauf, die Aufsicht durch die Geldgeber endlich loszuwerden.

Die politische Nervosität nimmt zu in Griechenland. Wir sind am Ende eines Prozesses, der dank Reformen in Griechenland Fortschritte gebracht hat, mehr als viele in Deutschland bereit sind anzuerkennen. Es ist viel passiert, aber wir sind noch nicht am Abschluss. Ich kann die griechische Regierung nur ermuntern, auf dem Weg der Reformen weiterzugehen.

Sehen Sie über bessere Wirtschaftsdaten hinaus Anzeichen eines Mentalitätswandels?

Einiges ist in Gang gekommen. Den Haushalt kann man innerhalb von fünf Jahren sanieren, ein Mentalitätswandel dauert länger, dafür bedarf es mehr Zeit. Wichtig ist, dass er angefangen hat und schon wirkt: Die OECD bewertet regelmäßig alle ihre Mitgliedsländer, was die Geschwindigkeit der Umsetzung von Struktur-reformen angeht. Da steht Griechenland an erster Stelle.

Es drohen Neuwahlen, bei denen die radikallinke Syriza stärkste Kraft werden könnte. Muss die EU diese Lage in Betracht ziehen?

Natürlich spielt die politische Realität eine Rolle. Aber der Stabilitätspakt, unser Regelwerk zur wirtschaftspolitischen

Koordinierung und die vielen anderen Regeln im Euro-Raum gelten unabhängig von Wahlterminen und politischen Entwicklungen. Wir sind 18 Länder in der Währungsunion, da sind irgendwo immer Wahlen. Die Euro-Gruppe kennt die innenpolitischen Diskussionen. Aber die Regeln gelten.

Reicht es, wenn die griechische Regierung sich auf eine Fortsetzung des Reformkurses verpflichtet?

Die Troika verhandelt mit der Regierung, und die ist im Prinzip bis 2016 im Amt. Generell gilt, dass Abmachungen mit dem Land getroffen werden und dass diese Abmachungen unabhängig davon gelten, wer regiert.

Ein Dilemma der Troika ist, dass sie viele richtige, wie Sie sagen, Reformen verlangt, aber sich und die Regierung damit unpopulär macht. Ist das überhaupt zu vermeiden?

Das Dilemma kenne ich seit Jahrzehnten, nicht nur aus Europa. Das geht dem Internationalen Währungsfonds seit Jahrzehnten so, und wir in Europa kennen das nun auch schon einige Jahre. Man muss sich vergegenwärtigen, warum Hilfsprogramme nötig sind. Wir beim ESM werden nur aktiv, wenn in einem Land etwas schiefgelaufen ist, sonst bräuchte es ja keine Hilfskredite. Länder verlieren den Marktzugang, weil die Wirtschaftspolitik vorher falsch war. Das muss man dann reparieren. Das jeweilige Land muss private Kreditgeber wieder dazu bringen, dass sie Geld geben. Der Prozess ist schmerzhaft und unpopulär, aber unabdingbar.

Können Sie verstehen, dass die Troika dennoch Ziel der Wut wird?

Wir helfen mit unserem Geld dem Land nur dabei, die nötigen Anpassungen zeitlich zu strecken und sozial abzufedern. Aber um die Anpassung kommt ein Land, das vorher eine falsche Wirtschaftspolitik betrieben hat, nicht herum. Regierungen werden immer versuchen, diesen Prozess so sozialverträglich wie möglich zu gestalten, und das ist gut. Aber Anpassungen sind schmerzhaft, das haben wir überall gesehen, besonders in Griechenland. Wenn Gehälter und Pensionen um 30 bis 40 Prozent gekürzt werden müssen, weil sie vorher zu schnell gestiegen sind, ist das hart.

Wünschen Sie sich, dass die Regierungen der Programmländer die Troika stärker verteidigen?

Man darf nicht unterschätzen, dass eine Regierung es nicht einfach hat, das Reformprogramm mit der Troika abzustimmen und dann im Parlament zu Hause durchzubringen, oft mit sehr knappen Mehrheiten. Ich würde mir eher wünschen, dass in anderen Ländern mehr anerkannt wird, was Griechenland, Portugal oder Irland eigentlich schaffen. Das ist nämlich wirklich beachtlich.

Die Erfolge des Sparens stellen sich erst spät ein.

Anpassungsprogramme führen nach einiger Zeit zu ökonomischen Erfolgen.

Die Türkei, Indonesien, Brasilien mussten in den vergangenen Jahrzehnten unter IWF-Programmen schmerzhaft Anpassungen vornehmen. Gerade diese Länder gehörten einige Jahre später zu den dynamischsten weltweit. Dasselbe sehen wir heute in Europa: Die Länder, die Geld von uns bekommen haben, zählen zu den Reformchampions. Wenn die Reformen fortgesetzt werden, sagt die OECD voraus, dass Griechenland das höchste Potenzialwachstum in Europa haben wird.

Wann zahlen sich Strukturreformen in neuen Arbeitsplätzen aus?

Die Arbeitslosigkeit sinkt bereits – von hohem Niveau zwar, aber sie sinkt. Irland ist bereits vier Prozentpunkte unter dem Höchststand von vor einhalb Jahren. Wachstum kommt in Gang. Ich sehe in makroökonomischen Zahlen schon seit zwei Jahren deutliche Fortschritte. Mich wundert, dass viele Ökonomen gerade in Deutschland das nicht wahrhaben wollen. Da frage ich mich, wie weit sie bereit sind, in die Materie einzusteigen. Das erwarte ich nicht von der Öffentlichkeit, aber von Volkswirtschafts-Professoren schon, die sind ja dafür ausgebildet.

Sie betonen, wie wichtig Reformen sind. Außer bei Programmländern hat die Währungsunion aber noch keinen Weg gefunden, sie in den Mitgliedsstaaten durchzusetzen.

Es war politisch schon schwer, die Haushaltspolitik besser zu koordinieren. Es ist eine große Aufgabe, sich in der Euro-Zone auf Strukturreformen zu einigen, sie gleichmäßiger möglich zu machen und so koordiniert Wachstumshindernisse abzubauen. Für das Funktionieren der Währungsunion bräuchte das einen großen Fortschritt. Strukturreformen entscheiden über das mittelfristige Wachstumspotenzial, und da gibt es große Unterschiede. Länder wie Italien und Frankreich hinken hinterher und haben deswegen schwache Wachstumswahlen.

Italien und Frankreich legen weniger Wert auf Reformen als auf Flexibilität in der Haushaltspolitik. Sehen Sie Selbstzufriedenheit aufkommen?

Ich sehe in Italien und Frankreich keine Selbstzufriedenheit. Diese Länder sehen ja sehr deutlich, dass ihr Wachstum schwach ist oder gar nicht existiert, im Vergleich zu Deutschland, im Vergleich zu den Ländern, die durch ESM- und EFSF-Programme gegangen sind. Es ist eine sehr leichte Schlussfolgerung: Länder, die Reformen umsetzen, haben in einigen Jahren sehr deutliche Erfolge. Das wissen die Länder, die im Moment hinterherhinken.

Es gibt einen Unterschied zwischen Einsicht und Umsetzung.

Die politische Umsetzung ist oft schwierig, aber die Lehren aus der jüngeren Vergangenheit in Europa sind eindeutig: Reformen sind notwendig und zahlen sich auch relativ rasch aus. Deswegen bin ich zuversichtlich.

ZUR PERSON

Klaus Regling, 64, Ökonom und ehemals Spitzenbeamter in Berlin und Brüssel, ist Geschäftsführender Direktor des Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM und Chef des Vorgängers EFSF: der Herr über die Rettungsmilliarden der Euro-Zone.